A-07 Wider einer Leitkultur. Nationalismus bekämpfen

Antragsteller*in:	Max Niehues und Martin Wandrey
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge

Der Ton in Deutschland wird rauer. Während sich die AfD 2014 in Brandenburg noch zurückhielt, fordert der Nachbar Sachsen-Anhalt zur kommenden Wahl nun diverse Maßnamen in Bildung und Kulturförderung, die der Heraufbeschwörung eines deutschen Volkstums dienen sollen. Besonders bedrohlich wirkt der Umstand, dass die AfD sich anders als die NPD in deutschen Parlamenten als salonfähige Partei zu etablieren scheint. Neben der Verharmlosung des nationalsozialistischen Terrors als 12 Unglücksjahre, ein klassisches Motiv des rechtsintellektuellen Milieus, finden sich gleichzeitig einige Forderungen, die zwischen 1933 und 1945 wohl großen Anklang gefunden hätten. Einige Highlights wurden kürzlich von Campact zusammengestellt und sorgten für Aufsehen. So wird gefordert an Schulen eine Identifikation mit "Jahrhunderte[n], in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde." (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S.1)) zu vermitteln. Bernd Höcke, Geschichtslehrer und einer der AfD-Aushängeschilder, spricht in diesem Zusammenhang auch von "3.000 Jahre Europa. 1.000 Jahre Deutschland". Eine Rhetorik, die der von völkisch-konservativen Nationalisten in der Weimarer Republik ähnelt, diese wurde später wohlwollend vom Naziregime übernommen und bis zur Konstruktion des sogenannten Volkskörpers weitergedacht, das Volk als ein Organismus, in dem jede*r seinen biologisch vorbestimmten Platz hat und dessen Reinheit von anderen Volksstämmen anzustreben ist. Im Wahlprogramm von Sachsen-Anhalt ist außerdem zu finden: "Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist." (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S.14). Ein wichtiges Symbol jeder völkischen Bewegung ist die Landesflagge, dementsprechend fordern führende AfD-Politer*innen, wie Bernd Höcke, hohe Gefängnisstrafen für die vermeintliche Schändung der Flagge und für die "Beleidigung des deutschen Volkstums".

Weitere entlarvende Ähnlichkeiten zu den Jungkonservativen der Weimarer Republik sind die Ablehnung von individuelle Freiheiten, der Vielfalt von Lebensstilen, oder gar "kulturfremder" Zuwanderung als Bedrohung und Ausdruck vom Verfall des deutschen Volkes. Analog dazu lehnt die AfD queere Lebensstile ab: "Schulbücher, welche die Familie relativieren und zugleich gesellschaftlich kaum relevante Konstellationen (LSBTTIQ) überhöhen, sollen für den Gebrauch an öffentlichen Schulen nicht zugelassen werden." (Wahlprogramm AfD BaWü 2016, S. 30). Im Oktober 2015 stellte die AfD-Abgeordnete Corinna Herold im Thüringer Landtag eine Anfrage zur Durchführung einer statistische Erhebung, die auflisten soll, wie viele Homo-, Bi- und Transsexuelle in Thrüringen leben. Mit der schockierenden Anfrage zur Quantifizierung der sexuellen Orientierung von Menschen in Thürigen macht die AfD klar, dass sie queere Menschen für eine unnormale Minderheit im von ihr beschworenen "deutschen Volk" hält. Ihrem antiquierten Frauenbild folgend will die AfD Meilensteine der Gleichstellung wieder rückgängig machen:" Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragte und staatliche Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab." (Wahlprogramm BaWü,S.6). Leitbild der AfD ist die "normale, deutsche" Familie

mit 3 Kindern, die verstärkt zuhause erzogen werden. Schockierend sind die Ansichten der AfD Führungspersönlichkeiten zu elementaren Selbstbestimmungsrechten von Frauen: “[wie die] Die deutsche Politik eine Eigenverantwortung hat, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen”, (Frauke Petry im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung). Das Überleben des "deutschen Volkes" und der ausgeprägte Mutterkult waren im Nationalsozialismus zentrale Motive der Propaganda-Maschine.

Die Forderung der AfD: “Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern. Die Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.” (Wahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt). Eine Forderung, die heute klar im Konflikt mit der durch das Grundgesetz gewährleisteten Unabhängigkeit von Kunst und Kultur steht. Vor nur 26 Jahren aber noch bittere Realität in der SED-Diktatur war und zu NS-Zeiten in der vollständigen kulturellen Gleichschaltung ihren Ausdruck fand.

Die Geschichte zeigt, dass Nationalismus und völkisches Gedankengut der Nährboden für Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und Militarismus sind, deshalb gilt es diese vehement zu dekonstruieren. Unsere Gesellschaft trägt eine Verantwortung dafür demokratische Grundwerte und Humanismus in den Köpfen aller Menschen zu verankern und für kommende Generationen zu bewahren.

Wir fordern:

- ein klares Bekenntnis des Bundeslandes Brandenburg gegen eine deutsche Leitkultur.

- die brandenburgische Landesregierung auf den verantwortungsvollen Umgang von Schüler*innen mit unserer Geschichte als zentrales Ziel in den Lehrplänen festzulegen, sowie Schüler*innen einen kritischen Blick auf die pseudowissenschaftliche Konstruktion von Nation und Rasse zu schärfen. Ein Grundsatz des Lehrplans sollte sein Brandenburgs Schüler*innen darauf vorzubereiten aus der Geschichte ihre Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unserer Gesellschaft abzuleiten.

- die brandenburgische Landesregierung auf, sich auf Bundesebeine für die Streichung des Paragraph für Staatsverunglimpfung (§90a desStGB) einzusetzen. Kritik an essentiellen Versagen des Staates darf nicht kriminalisiert werden.Nationalismus darf keine Grundlage für Paragraphen bilden.

- ,dass in Brandenburg lebende Menschen, unabhängig von ihrem Pass, nach einem Jahr aktiv und passiv an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.

Unsere Gesellschaft war nie homogen, sie ist bunt und vielfältig. Eine deutsche Leitkultur lehnen wir strikt ab. Neben Verwaltungsaufgaben ist der Zweck des deutschen Staatsapparates einzig die Verteidigung der Demokratie und der Universellen Menschenrechte.